

Wirtschaftspolitik und *State-Building*: Die nationalchinesische Industrialisierungspolitik in historischer Perspektive

Michael Meyer

The 1997/98 financial crisis not only called into question the validity of interventionist development approaches in East Asia, but also undermined the concept of an unitary "East Asian model" as such. In particular, it exposed differences in industrial policy that previously had been only scarcely noticed. This article analyses the formation of the Nationalist Chinese industrialization strategy, some aspects of which made Taiwan less susceptible to the crisis than other countries in the region. It does so by first pointing out that this strategy was rooted in the debates on economic development of the 1930s and 1940s. The policies underlying the Taiwan success story were, in other words, originally conceived in Mainland China and for Mainland China. Secondly, it discusses the motives behind this particular strategy choice. It is argued that the most important factor prompting Nationalist academics and technocrats to choose a different approach than their Japanese and Korean counterparts were the necessities of state-building in the historical context of early twentieth century China. Some of their considerations might still deserve attention – in China as well as in other places.

Die asiatische Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 1997/98 markierte einen Wendepunkt in der Diskussion um die weltwirtschaftlich lange Zeit dynamischste Region. Insbesondere stellte sie die Vorstellung eines so genannten "ostasiatischen Modells", welche die Debatte seit etwa Mitte der 1980er-Jahre beherrscht hatte, in ein anderes Licht. Deren Vertreter waren davon ausgegangen, in Ostasien eine von der "westlichen" Variante distinktive Form der kapitalistischen Marktwirtschaft vorzufinden. Getreu den etablierten Staat-Markt-Kategorien des hiesigen Diskurses konstatierten sie eine konservative makroökonomische Wirtschaftspolitik auf der einen Seite und eine interventionistische Industriepolitik auf der anderen. Der überraschende Erfolg letzterer, so die Kernthese, basierte auf einer engen Kooperation zwischen der staatlichen Wirtschaftsbürokratie und den wichtigsten Akteuren der Privatwirtschaft, d.h. den auch hierzulande bekannten multinationalen Unternehmen der Region.¹ Offizielle Anerkennung erfuhr die "Theorie des Entwicklungsstaates" mit der Publikation der Weltbankstudie *The East Asian Miracle* im Jahre 1993.² Dem kontroversen Charakter der Industriepolitik entsprechend, schlug die allgemeine Meinung in dem Moment in ihr Gegenteil um, als die ostasiatischen Volkswirtschaften 1997 einbrachen. Dieselbe Mischung aus der Gewährung industrie-

¹ Wichtige Arbeiten dieser Richtung sind Johnson 1982, Amsden 1989 und Wade 1990.

² Vgl. World Bank 1993.

politischer Privilegien und einer relativen Nähe zwischen Staat und Privatwirtschaft, die zuvor als Ursache der Erfolge gegolten hatte, stand nun stellvertretend für Inflexibilität, Nepotismus und Korruption.³

Stärker differenzierende Betrachter hielten dem zurecht entgegen, dass die Krise der Gegenwart keineswegs die beispiellosen Erfolge der Vergangenheit in Frage stellte. Mit Japan, Südkorea und Taiwan lagen die erfolgreichsten Fälle von nachholender Industrialisierung nach wie vor in Ostasien.⁴ Ein problematischer Aspekt des "ostasiatischen Modells", der eigentlich bekannt ist und den die Krise klar offenbarte, findet allerdings nach wie vor kaum Beachtung: die zweifelhafte Einheitlichkeit der ostasiatischen Erfahrungen. In der öffentlichen Wahrnehmung ist "das asiatische Wirtschaftswunder" zusammengebrochen, "für die allermeisten Beobachter ebenso überraschend und schnell wie seinerzeit die Sowjetunion."⁵ Nichtsdestotrotz würden die wenigsten Kenner der Region bestreiten, dass Thailand eine andere Strategie einschlug als Südkorea. Nicht minder groß sind die Unterschiede zwischen Taiwan und Südkorea. Dass die Charakteristika der japanischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik stärkeren Eingang in die Modellbildung fanden als die anderer Länder, geht zunächst darauf zurück, dass Japan zuerst analysiert worden war und die in diesem Zusammenhang gewonnenen Erkenntnisse sodann auf Südkorea und Taiwan und schließlich – in der Weltbankstudie – auf alle erfolgreichen kapitalistischen Ökonomien Ostasiens übertragen wurden. Grundsätzlich dürfte jedoch das Bedürfnis, letztlich zu den Konturen eines "einheitlichen" Modells zu gelangen, den Ausschlag gegeben haben.

Der vorliegende Artikel setzt an jener Volkswirtschaft an, deren Strukturen und Institutionen der Asienkrise am besten standzuhalten vermochten: der Republik China auf Taiwan. In Kapitel 1 werden zunächst einige Aspekte der dortigen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik rekapituliert, in denen sich Taiwan von seinen nord-ostasiatischen Nachbarn unterschied, um dann die Frage zu stellen, woher diese Unterschiede rührten. Nach einer kurzen Beschreibung gängiger Erklärungsmuster wird die These aufgestellt, dass sie das Ergebnis der Übertragung einer Industrialisierungsstrategie bilden, die nicht in den 1950er und 1960er-Jahren in Taiwan, sondern in den 1930er-Jahren und 1940er in China und für China entwickelt worden war. Der gängigen Vorstellung eines historischen Bruches im Jahre 1949 wird also die These wirtschaftspolitischer Kontinuität entgegen gestellt. In Kapitel 2 werden die Grundelemente dieser Strategie beschrieben, so wie sie sich in den wirtschaftspolitischen Debatten unter Mitgliedern der politischen Führung, der Wirtschaftsbürokratie und namhaften Ökonomen der damaligen Republik China manifestierten. Kapitel 3 wirft erneut die Frage nach den für die Strategiewahl maßgeblichen Gründen auf, nun jedoch in einem anderen räumlich-zeitlichen Kontext. Hierbei wird die These aufgestellt, dass die Wahl der Strategie auf den spezifischen Kontext zurück geht, in welchem sich der erste große Funktionswandel des chinesischen Staates vollzog. Von besonderer Bedeutung waren der Charakter des sich herausbildenden Staates

³ Vgl. hierzu Haubold 1998.

⁴ Vgl. hierzu, wie auch allgemein für eine gute Analyse der Krise und ihrer Ursachen, World Bank 1998, insbesondere Kapitel 1.

⁵ Vgl. Haubold 1998, meine Hervorhebung.

und seine Beziehung zur Gesellschaft. In der Schlussfolgerung wird die Ansicht vertreten, dass mit dem Aufbau (bzw. der Wahrung) zentralstaatlicher Kapazität ein damals wesentlicher Parameter der Entscheidungsfindung auch gegenwärtig nicht außer Acht gelassen werden sollte.

Staat und Privatwirtschaft im Entwicklungsprozess Taiwans

Bei der gegenwärtigen Diskussion um die Frage, ob der Staat in Taiwan mehr oder weniger in das Wirtschaftsgeschehen eingriff als etwa sein südkoreanisches Pendant,⁶ handelt es sich insofern um ein Scheingefecht, als relativ zweifelsfrei feststeht, dass er zu vordererster nicht weniger, sondern *anders* intervenierte. Selektive staatliche Interventionen – d.h. die Industriepolitik im eigentlichen Sinne – richteten sich in Taiwan nur auf einen Teil der Volkswirtschaft, nämlich den öffentlichen Sektor und ausgewählte ("strategische") Branchen der Privatwirtschaft. Dort trat der Staat in jenen Funktionen in Erscheinung, die er teilweise auch in Japan und Südkorea wahrnahm, d.h. als Planer, als Entrepreneur, als Unternehmer, als Finanzier und als Koordinator wirtschaftlicher Aktivitäten; dort brachte er alle Instrumente zum Einsatz, die ihm für die Kontrolle und Lenkung der Güter- und Kapitalströme zur Verfügung standen, und dort war er in der Tat der beschriebene "[...] key agent in the process of capital accumulation."⁷ Der andere Teil des produzierenden Gewerbes operierte dagegen in einem verlässlichen Rahmen der Protektion und Nichteinmischung. Der Zugang zu staatlicher Förderung stand allen exportorientierten Firmen offen sowie, über öffentliche Organisationen im Bereich der Forschung und Entwicklung, all denjenigen, die sich um eine technische Optimierung ihrer Produktionsprozesse bemühten.⁸ Ansonsten war von Seiten des Staates wenig zu erwarten, weder in positiver noch in negativer Hinsicht. Mögliche Sanktionen bestanden einzig in einer glaubhaft gemachten Drohung, bei minderwertiger Qualität oder deutlich über dem Weltmarktniveau liegenden Preisen die jeweiligen Märkte für ausländische Wettbewerber zu öffnen. Begünstigungen gegenüber einzelnen Firmen waren lange genauso unüblich wie das *Lobbying* darum.⁹ Gleiches galt für Eingriffe in das operative Geschäft.

Ihre institutionelle Flankierung fand die taiwanische Industrialisierungspolitik in einem in mehrfacher Hinsicht "dualistischen" Wirtschaftssystem. Hinsichtlich des Eigentums an Produktionsmitteln stand Privateigentum in der Landwirtschaft, in einem (für kapitalistische Marktwirtschaften ungewöhnlich großen) Segment des produzierenden Gewerbes und in weiten Teilen des Dienstleistungssektors staatlichem Eigentum im anderen Segment des produzierenden Gewerbes und im Finanzsektor gegenüber. Intraindustriell verlief diese Trennlinie parallel zu einer strukturellen Zweiteilung in kleine und mittlere Unternehmen der Leichtindustrie auf der einen und große Unternehmen der Schwerindustrie auf der anderen Seite. Private Konglomerate in der Größenordnung der japanischen *keiretsu* oder der koreanischen

⁶ Für Beiträge, die sich u.a. dieser Frage widmen, siehe Ma 1991 und Chu/Lee 1998.

⁷ Amsden 1979, S. 342.

⁸ Vgl. Wade 1990, S. 95 und 279f.

⁹ Vgl. Liu 1996, Teil 1, S. 65.

chaebol waren und sind in Taiwan obsolet.¹⁰ Die Koordination wirtschaftlicher Aktivitäten erfolgte grundsätzlich über den Preismechanismus, wobei Verzerrungen desselben besonders die intersektoralen Austauschverhältnisse, den Staatssektor und die als strategisch wichtig eingestuften Zweige der Privatwirtschaft betrafen. Abgesehen von den Auswirkungen der fortdauernden Importsubstitution operierte ein nicht geringer (und im Zeitverlauf zunehmender) Teil der Volkswirtschaft dagegen in einem Umfeld ausgeprägter binnenwirtschaftlicher Konkurrenz, weitgehend unverzerrter Anreizstrukturen und effizienzfördernder Formen der Unternehmensorganisation, namentlich der vielfach hervor gehobenen Netzwerke wechselseitiger Zulieferbeziehungen.¹¹ Als "dualistisch", im Sinne von "distanziert" lässt sich schließlich das Verhältnis zwischen Staat und Privatwirtschaft beschreiben, das über einen langen Zeitraum zugleich die problematische Beziehung zwischen den so genannten "Festländern" und den "Taiwanesen" abbildete.

Beide Charakteristika – die spezifische Industriestruktur und die Distanz zwischen Staat und Privatwirtschaft – erwiesen sich in der Asienkrise als vorteilhaft. Die geringe Größe und wechselseitige Verflechtung der produzierenden Unternehmen versetzte diese in die Lage, auf Nachfrageveränderungen schnell reagieren zu können. Hinzu trat die geringe Verschuldung im Ausland. Die relative Distanz zwischen Staat und Privatwirtschaft eröffnete demgegenüber wenig Gelegenheit zu Korruption und *Rent-Seeking*-Verhalten.¹² Erklärt werden diese – z.T. erheblich von den Verhältnissen in Nordostasien abweichenden – Charakteristika üblicherweise mit traditionellen Organisationsmustern von Unternehmen und einer situativen Zwängen folgenden Wirtschaftspolitik. So stützt sich das zuweilen vertretene Postulat eines "chinesischen Kapitalismus" auf die Organisation und Verflechtung privater Unternehmen entlang von Familienstrukturen, Clanbeziehungen und landsmannschaftlichen Zugehörigkeiten. Diese bewirkten zwar keine Außerkraftsetzung der Marktinstitutionen, wohl aber eine Überformung derselben durch informelle "Netzwerke."¹³ Für die Persistenz dieser Strukturen, namentlich die geringe Größe chinesischer Privatunternehmen und ihre Konzentration auf die Leichtindustrie, werden Vererbungsgewohnheiten,¹⁴ gesellschaftliche Instabilität¹⁵ sowie ihr schlichter Erfolg verantwortlich gemacht.¹⁶

Was die Wirtschaftspolitik und ihre Rolle bei der Herausbildung dieser Strukturen angeht, so werden oftmals entweder die vermeintlich niederen Beweggründe der Verantwortlichen oder die situativen Zwänge, denen sie unterlagen, heraus gestellt. Beispielhaft hierfür ist die Verstaatlichung der japanischen Unternehmen nach Kriegsende. Sofern diese nicht als Selbstbereicherung einer korrupten festländischen

¹⁰ Als größte private Unternehmensgruppe Taiwans erzielte die *Formosa Plastics Corporation* 1983 weniger als ein Viertel des Umsatzes der südkoreanischen Hyundai-Gruppe (1,6 Mrd. US\$ vs. 8 Mrd. US\$). Ähnlich war das Verhältnis bei der Zahl der Mitarbeiter (31.200 vs. 137.000). Vgl. Wade 1990, S. 66.

¹¹ Vgl. z.B. *Economist* 1998, S. 14ff.

¹² Vgl. ebd. sowie Desbuissons 1998.

¹³ Vgl. hierzu z.B. Redding 1993 und Herrmann-Pillath 1993, besonders S. 6-8.

¹⁴ Vgl. hierzu Yang 1997.

¹⁵ Vgl. Kirby 1995, besonders S. 58.

¹⁶ Vgl. ebd.

Elite beschrieben wird,¹⁷ gilt sie als notwendiger Schritt, um das geflohene Regime mit einer materiellen Grundlage in einer fremden Umgebung auszustatten und die intendierte Rückeroberung des Festlandes vorzubereiten.¹⁸ Die Gewährung unternehmerischer Handlungsspielräume in anderen Branchen werden damit erklärt, dass man den nach dem "Zwischenfall vom 28. Februar" bereits antagonisierten lokalen Eliten neben der politischen Partizipation nicht auch noch jedwede wirtschaftliche Freiheit hätte verwehren können.¹⁹ Diejenigen Autoren, die der taiwanesischen Wirtschaftsbükratie ein konsistentes und planvolles Vorgehen attestieren, gehen implizit davon aus, dass deren Industrialisierungsstrategie in dezidiertem Abkehr von der auf dem Festland verfolgten Wirtschaftspolitik entwickelt worden war. Auf diese Weise findet ein Paradoxon in der modernen chinesischen Geschichte eine scheinbar plausible Erklärung: Wie dieselbe KMT, die in China nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen so verheerend scheiterte, in Taiwan einen der erfolgreichsten Entwicklungsprozesse des 20. Jahrhunderts initiieren konnte. "Old dogs", so Amsden, "do learn new tricks."²⁰

Im Verein mit Arbeiten des taiwanesischen Historikers Xu Zhenguo ließe sich der vermeintliche Strategiewechsel zu folgendem Bild verdichten: Die nationalchinesische Wirtschaftsbükratie verfolgte auf dem chinesischen Festland eine planwirtschaftliche Strategie nach dem Vorbild der Sowjetunion, um sich dann allmählich darüber klar zu werden, dass "increased productivity should proceed equal distribution."²¹ Xu führt hierfür eine terminologische Verschiebung in den regierungsamtlichen Strategiepapieren ins Feld. Während zuvor stets von "Planwirtschaft" (*Jihua jingji*) die Rede gewesen sei, tauche 1945 erstmals ein Begriff auf, der nachfolgend auch in Taiwan Verwendung fand: die "geplante freie Wirtschaft" (*Jihua ziyou jingji*). Die neue Richtung habe zuerst nur verhaltenen Anklang gefunden, bevor ihr der "Architekt des taiwanesischen Wirtschaftswunders" Yin Zhongrong (K.Y. Yin) 1949 zum Durchbruch verhalf.²² Unabhängig davon, ob man die Post-1949er-Wirtschaftspolitik wie Xu Zhenguo als marktwirtschaftlich oder wie Amsden als interventionistisch interpretiert, markiert das Jahr 1949 in dieser Sichtweise einen klaren Einschnitt. Demgegenüber soll im Folgenden argumentiert werden, dass die erfolgreiche Industrialisierungspolitik der Nationalregierung in Taiwan einer Strategie folgte, die ihrerseits das Ergebnis von Debatten bildete, welche in den vorangegangenen Dekaden in Nanjing und Chongqing über eine zukünftige *chinesische* Wirtschaftspolitik geführt wurden. Dieser Exkurs in einen anderen Kontext gibt Aufschluss bezüglich einer Frage, die bislang nicht beantwortet werden konnte: Warum die Entscheidungsträger der Republik China eine vollkommen andere Industrialisierungspolitik verfolgten als ihre Kollegen in Tokio und Seoul.

¹⁷ Vgl. z.B. Gold 1986, S. 50.

¹⁸ Vgl. z.B. Amsden 1985, S. 92.

¹⁹ Vgl. Cheng 1991, S. 143.

²⁰ Vgl. Amsden 1985, S. 83.

²¹ Hsü 1994, S. 315.

²² Vgl. Hsü 1990 und 1994.

Staat und Privatwirtschaft in den Debatten der 1930er und 1940er-Jahre

Die innerchinesische Diskussion über Wirtschaftspolitik im modernen Sinne begann im Grunde nicht früher als Anfang der 1930er-Jahre. Zu diesem Zeitpunkt rückten mit der nominellen Einigung des Landes, dem begonnenen Aufbau einer modernen Verwaltungsbükratie und der Rücknahme von Zollhoheit und exterritorialen Privilegien überhaupt erst die Voraussetzungen einer solchen in den Bereich des Möglichen. Deshalb und wegen der allgemeinen geistigen Umbrüche dieser Epoche reichten die Gegenstände der Diskussion von den grundsätzlichen Fragen der Ordnungspolitik bis zu detaillierten Problemen des Gesellschaftsrechts. An der Debatte beteiligten sich Regierungsmitglieder, Beamte der Wirtschaftsbükratie, Ökonomen und andere Personen des öffentlichen Lebens.²³ Geführt wurde sie im wesentlichen in Fachzeitschriften.²⁴ Allgemein ist festzustellen, dass die vertretenen Positionen sich im Zeitverlauf einander annäherten, was, neben dem politischen Aufstieg Chiang Kaisheks, vor allem damit zusammen gehangen haben dürfte, dass der Kriegsausbruch eine Reihe von Meinungen "entplausibilisierte". Anfang 1945 war die letztlich dominante Schulmeinung relativ detailliert niedergelegt worden. Sie hatte Eingang in jene Strategiepapiere und Pläne gefunden, anhand derer der wirtschaftliche Aufbau der Nachkriegszeit angegangen werden sollte.²⁵ Nach einer kurzen Vorstellung des mit dessen Umsetzung betrauten Organs der Wirtschaftsbükratie wird sie genauer erläutert, bevor dann auf ihre Übertragung nach Taiwan eingegangen wird.

Die Nationale Ressourcenkommission

Die Nationale Ressourcenkommission (*Guojia ziyuan weiyuanhui*, NRK) entwickelte sich während des betreffenden Zeitraums zum wichtigsten industrialisierungspolitischen Organ der Nationalregierung. Gegründet im Jahre 1932 als ökonomischer "brain trust" Chiang Kaisheks und bis 1935 kein Teil des offiziellen Staatsapparates, repräsentierte ihr Aufstieg den erstmaligen Eintritt einer technokratischen Elite in eine chinesische Regierung. Unter Leitung des Geologen und späteren Ministerpräsidenten Weng Wenhao rekrutierte sich ihre Belegschaft aus im westlichen Ausland ausgebildeten Ingenieuren und Ökonomen. Diese waren dem wissenschaftlichen Weltbild der Vierten-Mai-Generation verbunden und verstanden sich

²³ Konsultiert wurden Texte von folgenden Personen: Cao Liying, Chen Bozhuang, Chen Zhenhan, Chen Gongbo, Chiang Kaishek, Fang Xianting, He Lian, Huo Baoshu, Luo Dunwei, Ma Yinchu, Qi Zhilu, Qian Changzhao, Song Zexing, Weng Wenhao und Wu Jingchao.

²⁴ Wichtige wirtschaftspolitische Fachzeitschriften waren der in englischer Sprache publizierte *Nankai Social Economic Quarterly* (erschien von 1932 bis 1937), *Neue Ökonomie (Xin jingji)*; Monatszeitschrift, erschien von Juni 1937 bis Januar 1943) und die *Vierteljahrszeitschrift für den wirtschaftlichen Aufbau (Jingji jianshe jikan)*; erschien von Juli 1942 bis Anfang 1945).

²⁵ Hierbei handelte es sich um das „Programm für den industriellen Aufbau nach dem Krieg“ (*Zhanhou gongye jianshe gangling*), verabschiedet auf dem 11. Plenum des VI. ZEK im September 1943 und auf dem VI. Parteikongress der KMT im Mai 1945 ergänzt um Durchführungsbestimmungen, sowie die „Prinzipien für die erste Phase des wirtschaftlichen Aufbaus“ (*Diyiqi jingji jianshe yuanze*) vom Dezember 1944. Nachdrucke dieser Dokumente finden sich in Wirtschaftsministerium 1951, S. 72-74, 203-205 und 207-217.

als eine dezidiert unpolitische Elite. Durch Einsatzbereitschaft und persönliche Integrität verhalfen sie der NRK Zeit ihres Bestehens zu einem ausgezeichneten Ruf. Während des Zweiten Weltkrieges entsandte die Kommission mehrere tausend Mitarbeiter zu Fortbildungen, Studienaufhalten und Praktika in die USA. Im Gegenzug verpflichtete sie regelmäßig westliche Ökonomen für mehrmonatige Beratertätigkeiten in China, u.a. Friedrich Hayek und Simon Kuznets. Im Sommer 1947, auf dem Zenit ihrer Macht und mittlerweile auf Ministerialrang erhoben, kontrollierte die NRK 70% des industriellen Anlagevermögens in China.²⁶

Wirtschaftsordnung und Industrialisierungsstrategie

Dass auch im Umfeld der KMT planwirtschaftliche Ideale propagiert wurden, ist eine historisch unumstrittene, wenngleich bisweilen unterschlagene Tatsache. Song Zexing, seinerzeit am nach Chongqing verlagerten *Nankai Institute of Economics* tätig, bemerkte 1942, dass

"[...] in den vergangenen Jahren nahezu in allen Schriften, egal ob es sich um Verlautbarungen von Regierungsstellen oder um [...] Arbeiten von Wissenschaftlern und Experten handelt, einmütig festgestellt wird, dass wir den Weg der Planwirtschaft beschreiten müssen."²⁷

Wirtschaftsordnungen, die bis Anfang der 1940er-Jahre vorgeschlagen wurden, firmierten in der Regel unter der Bezeichnung "kontrollierte Ökonomie" (*Tongzhi jingji*).²⁸ Danach verschob sich die Terminologie zusehends in Richtung "Planwirtschaft" (*Jihua jingji*).²⁹ Genauso wenig in Frage steht die verbreitete Begeisterung für das sowjetische Modell. Bei einem genaueren Blick auf die Inhalte, die sich hinter den Termini verbergen, zeigt sich indes sehr schnell, dass unter der damals in China geforderten "Planwirtschaft" nicht das verstanden wurde, was heutzutage damit assoziiert wird, weder die stalinistische noch die maoistische Variante. Song Zexings Aussage jedoch, dass

"[...] die ‚Planwirtschaft‘, die alle im Munde führen, durchaus keinen eindeutigen und einheitlichen Inhalt hat,"³⁰

ist nur bedingt richtig. Aus seiner Perspektive mochten die in den 40er-Jahren vorgelegten Entwürfe weit auseinander liegen; aus der historischen Distanz deckten sie gleichwohl nur einen kleinen Ausschnitt des auch in China bekannten theoretischen Spektrums ab. Bereits vor dem anti-japanischen Krieg waren bestimmte Alternativen verworfen bzw. gar nicht erwogen worden, so z.B. die Idealtypen der Marktwirtschaft (privates Eigentum an Produktionsmitteln, Allokation nach dem Preismechanismus, freier Waren und Kapitalverkehr in der Außenwirtschaft) und der Planwirtschaft (öffentliches Eigentum an Produktionsmitteln, Allokation nach Maßgabe

²⁶ Für Einführungen in die Arbeit der NRK siehe Zheng/Cheng/Zhang 1991 und Kirby 1990, für die Erinnerungen ihrer führenden Mitglieder Xu/Han 1988.

²⁷ Song Zexing 1942, S. 27.

²⁸ Vgl. z.B. Luo Dunwei 1935; Wu Jingchao 1942, S. 17 und Chen Gongbo, zit. nach Zanasi 2000, S.127.

²⁹ Vgl. Qian Changzhao 1939, S. 660; Huo Baoshu 1942, S. 12 und Song Zexing 1942, S. 35.

³⁰ Song Zexing 1942, S. 27.

quantitativer Vorgaben, Abkoppelung von den Weltmärkten), aber auch das japanische Modell (Kooperation zwischen Staat und Privatwirtschaft), das chinesische Modell der Selbststärkungsbewegung (gemischt staatlich-privater Aufbau und Betreibung von Industrieunternehmen) sowie jedwede Beteiligung lokaler Gebietskörperschaften an den Kernbereichen der Wirtschaftspolitik. Positiv gewendet bestand Konsens darüber, dass der Staat eine lenkende Funktion ausüben müsse, dass er dabei, wie Wu Jingchao es ausdrückte, "nicht alles an sich reißen"³¹ dürfe, und dass der Einfluss ausländischer Akteure zu begrenzen sei. Umstritten waren dagegen wesentliche Entwicklungsziele (Bedurfte China als Agrarland einer Industrialisierung? Wenn ja, sollte das Schwergewicht auf Schwer- oder Leichtindustrien gelegt werden? Wo sollten diese angesiedelt sein?) sowie das konkrete Vorgehen (Musste der Staat als Betreiber von Unternehmen in Erscheinung treten? Wie weit sollten Planung und Lenkung reichen? War China von den Weltmärkten abzukoppeln oder genügten Handelsbarrieren? Bedurfte es ausländischen Kapitals? etc.).³²

Den Dreh- und Angelpunkt des Konzeptes, das sich in den frühen 1940er-Jahren letztlich durchsetzte, bildete die Auffassung, China benötige eine schnellstmögliche Industrialisierung, vor allem im Bereich der Schwer- und Produktionsgüterindustrien.³³ Diese zu planen, aufzubauen und zu betreiben sei Aufgabe des Staates. Von Minderheitsbeteiligungen Privater sei abzusehen, solche von Gebietskörperschaften unterhalb der Zentralregierung hingegen explizit anzustreben, vorausgesetzt, das Leitungsrecht der Zentrale werde nicht gefährdet.³⁴ Neben den Versorgungs- und Transportindustrien und dem überwiegenden Teil des Finanzsektors war genau dies der Bereich, der dem Staat vorbehalten sein sollte, und zwar exklusiv. Umgekehrt sollten die Leicht- und Konsumgüterindustrie, das Handwerk und die Landwirtschaft in Händen Privater verbleiben.³⁵ Ausnahmen bildeten allein fiskalisch instrumentalisierbare Güter (Tabak, Salz etc.) sowie Produkte, die China benötigte, um wirtschaftliche Autarkie zu erlangen, aber von privaten Anbietern nicht in ausreichender Menge bereitgestellt würden.³⁶

Das Herzstück der "Planwirtschaft" bildete jedoch nicht die Eigentumsordnung, sondern die gesamtwirtschaftliche Planung und die hieraus abgeleiteten staatlichen Interventionen. Unbenommen aller Rhetorik, dass China eine "umfassende Planung" (*Tongpan jihua*) im Sinne zeitlich und regional fokussierter Vorgaben benötige,³⁷ erweisen sich die hierzu vorgelegten Überlegungen bei näherer Betrachtung als weit weniger "planwirtschaftlich", als die Begriffe vermuten lassen. In erster Linie ging es um die Projektierung und Abstimmung staatlicher Investitionsprojekte – nicht mehr und nicht weniger. Produktionsziele spiegelten den intendierten Aufbau von

³¹ Wu Jingchao 1938, S. 38.

³² Schlüsseltexte aus diesem Zeitraum sind z.B. Ma Yinchu 1935 und Fang Xianting 1936. Eine ausgezeichnete Darstellung der Ideen des Industrieministers und wirtschaftsprogrammatischen Kopfes der „linken“ KMT, Chen Gongbo, liefert Zanasi 2000.

³³ Vgl. Wu Jingchao 1942, S. 14; Weng Wenhao 1942b, S. 12; Song Zexing 1942, S. 33 und Cao Liying 1945, S. 6-8.

³⁴ Vgl. Weng Wenhao 1943c, S. 95.

³⁵ Vgl. Weng Wenhao 1943b, S. 6.

³⁶ Vgl. Cao Liying 1945, S. 9 und Qian Changzhao 1939, S. 659.

³⁷ Vgl. beispielsweise Cao Liying 1945, S. 5.

Kapazitäten wider. Eine distributive Verknüpfung einzelner Branchen, z.B. durch Input-Output-Tabellen, fehlte selbst innerhalb des staatlichen Sektors. Aus der Perspektive der Produzenten stellte sich die lenkende Hand des Staates verhalten dar. Staatsunternehmen wurden als kommerzielle Kapitalgesellschaften organisiert. Der direkte Einfluss der NRK als betreibende Behörde erschöpfte sich in der Genehmigung von Erweiterungsinvestitionen und Personalentscheidungen auf den obersten Führungsebenen.³⁸ Privatunternehmen fanden sich, sieht man einmal von einem unterprivilegierten Zugang zu staatlichen Transportmitteln und Krediten staatlicher Banken ab, mit wenig Restriktionen konfrontiert – vorausgesetzt, sie beschränkten sich in ihren Aktivitäten auf die Leichtindustrie, sie erreichten keine marktbeherrschende Stellung und sie zeigten keine Ambitionen dem Ausland oder ausländischen Akteuren gegenüber.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen waren dann auch der Bereich, bei dem die Vertreter dieses Ansatzes die größte Ambivalenz an den Tag legten. Einerseits plädierten sie für eine drastische Einschränkung der Handlungs- und Verfügungsrechte von Ausländern. Andererseits stand außer Frage, dass die hier skizzierte Strategie einen Kapital- und Technologiebedarf mit sich brachte, der unmöglich allein aus einheimischen Quellen gedeckt werden konnte. Mit Blick auf die Handelspolitik war dies noch relativ unproblematisch. Die dort vorgeschlagene Binnenmarktprotektion bei gleichzeitigen Zollrabatten auf Kapitalgüterimporte und geringen Exportrestriktionen schien international durchsetzbar. Die vorgesehene Behandlung ausländischer Investitionen glich indes einer Quadratur des Kreises. Zu 100% in ausländischem Besitz befindliche Industrieunternehmen sollten fortan nur in Ausnahmefällen gestattet werden. Bei Niederlassungen von Banken und Versicherungen wollte sich der Staat das Recht vorbehalten, die Geschäftsfelder einzuschränken. Gemeinschaftsunternehmen und Eigenkapitalbeteiligungen sollten prinzipiell erlaubt sein, je nach Branche, Standort und Nationalität des Investors jedoch in unterschiedlicher Höhe und, wie Weng Wenhao meinte, mit "äußerst strikten Beschränkungen." Konkret forderte er, den Vorstandsvorsitz einem chinesischen Staatsbürger zu übergeben, alle relevanten Dokumente in chinesischer Sprache zu verfassen und "China" (so wörtlich) die Option einzuräumen, alle Anteile in Händen von Ausländern nach spätestens 25 Jahren zurückzukaufen. Das Recht zur Fremdkapitalfinanzierung im Ausland, sei es über Regierungskredite, Kredite von Geschäftsbanken oder Unternehmensschuldverschreibungen, erhielten lediglich Staatsbetriebe.³⁹ Die Präferenzen der Planer waren damit klar offenbart: Ideal erschienen ihnen Regierungskredite, langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Privaten wurden als akzeptabel erachtet, die Gewährung von Eigentumsrechten galt als problematisch. Unter diesen Anreizstrukturen sollte die Hälfte des auf 2 Mrd. US-Dollar veranschlagten Finanzierungsvolumens des ersten Nachkriegsplanes im Ausland akquiriert werden.⁴⁰

Alles in allem war die im Umfeld der Nationalregierung in den 1930er und 1940er-Jahren konzipierte "Planwirtschaft" keine Planwirtschaft im landläufigen Verständnis. Die vorherrschende Eigentumsform blieb das Privateigentum, und an

³⁸ Vgl. Zheng 1988.

³⁹ Vgl. Weng Wenhao 1944b.

⁴⁰ Vgl. Cao Liying 1945, S. 11f.

eine Suspendierung des Preismechanismus dachte niemand. Es handelte sich vielmehr um eine nach außen protektionierte Marktwirtschaft, die einer zielgerichteten industriepolitischen Lenkung unterworfen werden sollte.

Kontinuitäten und Brüche in Taiwan

Die Geschichte der NRK, die wie kein anderes Organ der Nationalregierung für diese Politik einstand, ist in der nationalchinesischen Historiographie lange verschleiert worden. Zum einen lag dies daran, dass ihre Führung 1949 nahezu komplett auf die Seite der KPCh übergelaufen war;⁴¹ zum anderen dürfte auf Seiten der KMT aber auch die Notwendigkeit eine Rolle gespielt haben, historische Distanz zwischen ihrer jüngeren Vergangenheit auf dem Festland und ihrem Herrschaftsanspruch auf Taiwan zu bringen. William Kirby hat in seinen Arbeiten die nichtsdestotrotz bestehenden personellen Kontinuitäten heraus gearbeitet. Von den zwischen 1949 und 1985 14 Wirtschafts- und 10 Finanzministern der Republik China hatten 10 respektive 7 ihre Karriere in den mittleren Rängen der NRK begonnen, hierunter mit Yin Zhongrong und Li Guoding (K.T. Li) auch die wichtigsten Wirtschaftspolitiker der Nachkriegszeit. Hinzu kamen mehrere Provinzgouverneure, ein Ministerpräsident und zahlreiche namhafte Wirtschaftswissenschaftler.⁴²

In den vorangegangenen Ausführungen konnte zudem eine klare Kontinuität in bezug auf die inhaltlichen Leitlinien der Wirtschaftspolitik heraus gearbeitet werden. Dass sich die auf dem Festland entstandenen Entwürfe wie eine Beschreibung des taiwanesischen *status quo* der 1960er-Jahre ausnehmen, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis der konsequenten Umsetzung einer vorhandenen Strategie in einem neuen Umfeld. Manifest wurde dies in der Verstaatlichung der japanischen Hinterlassenschaften, der Aufrechterhaltung eines staatlichen Finanzsektors, zahlreichen Markteintrittsbarrieren, der Erstellung von Mehr-Jahres-Plänen, der Einrichtung eines protektionistischen Handelsregimes, aber auch in der Privatisierung von landwirtschaftlichen Flächen und Unternehmen der Leichtindustrie und der Nichteinmischung des Staates in die meisten Branchen und Aktivitäten des privaten Sektors. Und schließlich stellte nicht zuletzt die durch Klein- und Mittelbetriebe gekennzeichnete Industriestruktur ein Resultat staatlichen Handelns dar. Die meisten Privatunternehmen blieben nämlich auch deshalb klein, weil ihnen der Zugang zu Investitionskapital systematisch verweigert wurde. Wade erkennt hier zurecht das "industrial equivalent of the land reform strategy."⁴³ Die wichtigsten inhaltlichen Verschiebungen resultierten aus der unterschiedlichen Faktorausstattung Taiwans, so z.B. die stärkere Betonung der Leichtindustrie und die Exportorientierung. Dass die Strategie nicht weiter als "Planwirtschaft" bezeichnet wurde, kann angesichts der Vereinnahmung des Begriffes auf der anderen Seite der Taiwanstraße kaum verwundern.

⁴¹ Zu den näheren Umständen vgl. Sun Yueqi 1980.

⁴² Vgl. Kirby 1990, S. 140f.

⁴³ Wade 1990, S. 268.

Parameter wirtschaftspolitischer Strategieentscheidungen

Für eine Analyse der der Strategiewahl zugrunde liegenden Überlegungen kann zunächst heuristisch unterstellt werden, dass ihre Verfechter sich in erster Linie an wirtschaftspolitischen Zielen im engeren Sinne orientierten, also beispielsweise an einem angemessenem Wachstum, makroökonomischer Stabilität und einer ausgewogenen Verteilung. In der Tat fällt es nicht schwer, diese Ziele in den damals vorgebrachten Argumenten dingfest zu machen. Deutet man die Debatte allerdings nur hiernach, so bleibt sie in weiten Teilen unverständlich. Einige Parameter der damaligen Strategieentscheidung werden erst dann verständlich, wenn man sie in den weiteren Kontext der Debatte stellt, d.h. auch jene Ziele berücksichtigt, die zwar nicht direkt wirtschaftlicher Art waren, aber dennoch in den Gestaltungsraum der Wirtschaftspolitik fielen.

Wirtschaftspolitische Ziele im engeren Sinne

Ähnlich wie in der aktuellen wirtschaftshistorischen Literatur herrschte unter den damaligen Eliten Einvernehmen darüber, dass die chinesische Volkswirtschaft der frühen 30er-Jahre nichts anderes war als eine Marktwirtschaft. Thomas Rawskis Auffassung, dass "[...] prewar China illustrates the market economy par excellence"⁴⁴, hätten die meisten zeitgenössischen Autoren zugestimmt. Anders als für Rawski, der Wachstum nachzuweisen versucht, repräsentierte die Marktwirtschaft für sie allerdings genau das System, in welchem China im Stadium der Unterentwicklung verharrte. Der aus heutiger Sicht nahe liegende Gedanke, dass die bestehenden Märkte nur ungenügend integriert und institutionell flankiert waren und es zuvordererst einer besseren Durchsetzung des Preismechanismus bedurfte, war damals durchaus nicht unbekannt. Anstrengungen zum Ausbau der Infrastruktur, die Vereinheitlichung der Währung, die Suspendierung der Binnenzölle und eine wahre Flut neuer Gesetze gingen genau in diese Richtung. Gleiches galt für die Forderung, traditionelle Formen der Unternehmensorganisation und –interaktion durch moderne (d.h. rationale, "wissenschaftliche") Verfahrensweisen zu ersetzen.⁴⁵ Die Idee, dass dies alles *hinreichend* sein könnte, besaß unmittelbar nach der Weltwirtschaftskrise jedoch keine große Überzeugungskraft. Fang Xianting wusste sich im Einklang mit vielen seiner westlichen Kollegen, als er 1936 konstatierte: "The trend toward state economic control is world-wide."⁴⁶ Unter den chinesischen Sachverständigen gab es zwar Stimmen, die einer stalinistischen Planwirtschaft Skepsis entgegenbrachten, da diese die Anreizstrukturen und damit eine effiziente Ressourcenallokation untergrabe; dass der Staat allerdings gänzlich auf Interventionen verzichten sollte, glaubte niemand. Die freie Marktwirtschaft galt als ein inhärent instabiles System, das überdies eine Tendenz zur Monopolbildung und ungleichen Verteilung aufwies.⁴⁷ Was die Wachstumsproblematik anging, so hielt Weng Wenhao es zwar für unbestreitbar, dass etwa Großbritannien mit einer Marktwirtschaft beachtliche

⁴⁴ Vgl. Rawski 1989, S. 346.

⁴⁵ Vgl. z.B. Weng Wenhao 1946, S. 150.

⁴⁶ Vgl. Fang Xianting 1936, S. 297.

⁴⁷ Vgl. z.B. Qian Changzhao 1939, S. 659.

Erfolge erzielen konnte, doch hätte dies mit rund 200 Jahren länger gedauert, als China es sich leisten könne. Die Erfahrungen Japans, Deutschlands und der UdSSR zeigten, dass dieser Prozess in "kontrollierten" Ökonomien erheblich verkürzt werden könne.⁴⁸ Außerdem stelle *nachholende* Industrialisierung ein neuartiges Problem dar. Aufgrund der Konkurrenzsituation mit Unternehmen bereits entwickelter Ländern, käme ein Entwicklungsland wie China um staatliche Interventionen nicht herum, namentlich nicht im Außenhandel.⁴⁹ Der letzte Punkt war durchaus nicht unumstritten. Einige Autoren meinten sogar, dass China ohne die gewaltsame Öffnung seiner Märkte für ausländische Waren und Unternehmen noch rückständiger wäre.⁵⁰ Interessant ist jedoch, dass auch sie für eine stärkere Regulierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen eintraten – eine Position, die eng mit dem verbreiteten Anti-Imperialismus verknüpft war.

Anti-Imperialismus als wirtschaftspolitische Entscheidungsgröße

Insoweit nationalistische Motive in Analysen wirtschaftspolitischer Entscheidungen in Rechnung gestellt werden, dann mit Blick auf die Rückerlangung bzw. Wahrung der Souveränität eines Landes nach außen. In einer Zeit, in der die chinesische Jurisdiktion an den Grenzen der Hafenstädte endete und sich die japanische Aggression bereits abzeichnete, war diese Thematik in China natürlich allgegenwärtig. Innerhalb der wirtschaftspolitische Debatte entzündete sie sich an der Frage des Verhältnisses von Wohlstand und nationaler Stärke.

Einerseits gab es natürlich keinen Zweifel, dass Wohlstand Stärke bedeutete. Eine wachstumsorientierte Politik, die ersteres herbeiführte, diente automatisch auch zweiterem. Andererseits stellte "Reichtum" nicht das einzige Attribut nationaler Stärke dar. Andere bestanden in einem hohen Maß an wirtschaftlicher Autarkie und der Verfügbarkeit *bestimmter* Industrien und Technologien vor Ort, in letzter Konsequenz also der Reduktion bestehender Abhängigkeiten. Diese Ziele ließen sich über einen auf komparativen Vorteilen basierenden Marktmechanismus schwerlich *gezielt* verfolgen. Statt dessen bedurfte es einer Politik der Importsubstitution – die auch im damaligen China primär als "a nationalistic act, a repudiation of dependency"⁵¹ verstanden wurde – und planvoller Eingriffe in den Strukturwandel. Der Aufbau der Schwerindustrie wurde, mit anderen Worten, nicht nur deshalb gefordert, weil diese, wie Qian Changzhao es ausdrückte "die Mutter aller anderen Industrien"⁵² war, sondern auch, weil er militärische Bedeutung besaß. Selbst das Vorhaben, ihn zum Teil aus ausländischen Quellen zu finanzieren, ließ sich im gesellschaftlichen Klima der 1930er- und 1940er-Jahre kaum vermitteln. Dass Handelshemmnisse, strikte Auflagen für ausländische Unternehmen und strukturpolitische Interventionen mit dem Ziel der Wohlfahrtsmaximierung konfligierten, nahm man in Kauf. Wu Jingchao musste nicht mit Widerspruch rechnen, als er 1942 kritisierte,

⁴⁸ Vgl. Weng Wenhao 1942b, S.10 und 1943c, S. 127. Vgl. auch Cao Liying 1945, S. 4 und Ma Yinchu 1947, S. 343.

⁴⁹ Vgl. Chen Bozhuang 1943, S. 21.

⁵⁰ Vgl. Wu Jingchao 1938.

⁵¹ Ranis 1989, S. 1444.

⁵² Qian Changzhao 1942, S. 5.

dass China den Aspekt der nationalen Stärke viel zu lange vernachlässigt habe, und dass man

"im Rahmen des künftigen wirtschaftlichen Aufbaus zuerst nach Stärke streben (*xian tu qiang*) und erst dann darüber reden sollte, Reichtum zu erlangen (*hou yan zhi fu*)."⁵³

Weng Wenhao wurde noch deutlicher, indem er formulierte, dass, "[...] wenn man ein starkes Land [wolle], das Leben nicht angenehm" sein könne.⁵⁴

Die damit angerissenen Ziele und Argumentationsmuster zeigen, warum die KMT-Regierung und Teile der chinesischen Eliten den Idealtypus der Marktwirtschaft ablehnten. Sie zeigen nicht, weshalb sie andere Varianten einer interventionistischen Industriepolitik gleichfalls nicht in Betracht zogen. Hierzu zählen das japanische Modell, das Modell der Selbststärkungsbewegung, die Einbindung der Provinzen und Kreise in die Planung und Umsetzung industriepolitischer Maßnahmen sowie die Öffnung der Schwerindustrie für Unternehmer, die bereit waren, dort zu investieren, unabhängig davon, ob der Staat dies auch tat.⁵⁵ Die Nichtbeachtung dieser Alternativen erscheint aus zwei Gründen verwunderlich. Erstens galten sie in der zeitgenössischen Wahrnehmung als erfolgreich. Führende Persönlichkeiten der NRK stellten sich beispielsweise *expressis verbis* in eine Genealogie mit "Selbststärkern" wie Li Hongzhang und Zeng Guofan,⁵⁶ Japans Erfolge wurden weithin gepriesen, und Industrialisierungsprogramme von regionalen Machthabern wie Yan Xishan hatten eine ausgezeichnete internationale Presse.⁵⁷ Zweitens hätte jede der genannten industriepolitischen Alternativen den noch im Aufbau begriffenen Staat entlastet, indem sie die immense Aufgabe der Industrialisierung eines Landes von der Größe eines Kontinents auf mehrere Schultern verteilt hätten. Gerade hierin – genauer: im Charakter des neuen Staates und in seinem Verhältnis zu anderen Akteuren – lag jedoch der Grund, warum diese Alternativen nicht einmal ernsthaft diskutiert wurden.

State-building als Voraussetzung und Ziel der Wirtschaftspolitik

Jürgen Osterhammels Beobachtung, dass eine der folgenschwersten Wirkungen von Imperialismus und Kolonialismus in der "Universalisierung des europäischen Staatskonzeptes" bestanden habe,⁵⁸ trifft für China nur zum Teil zu. Obwohl der moderne europäische Nationalstaat auch dort als nachahmenswertes Modell galt, war eine weitere Konsequenz des Imperialismus in China ausgeblieben: der Aufbau einer modernen staatlichen Bürokratie durch eine Kolonialmacht. Das Eindringen der europäischen Mächte hatte zwar den Zusammenbruch der alten Ordnung beschleunigt, doch fehlten in einer "Halbkolonie" die Voraussetzungen, diese von außen durch eine neue Ordnung zu ersetzen. Anders formuliert: Während die erste

⁵³ Wu Jingchao 1942, S. 14.

⁵⁴ Weng Wenhao 1942a, S. 39.

⁵⁵ In Bezug auf den letztgenannten Punkt bildete Ma Yinchu eine Ausnahme; vgl. Ders. 1947.

⁵⁶ Vgl. z.B. Weng Wenhao 1942b, S. 11.

⁵⁷ Vgl. Gillin 1967, S. 193.

⁵⁸ Osterhammel 1997, S. 64.

nationale Regierung Indiens eine funktionsfähige Administration übernehmen konnte, musste die chinesische Nationalregierung diese selbst errichten. Doch damit nicht genug: Die das Ende des Kaiserreiches begleitenden Entwicklungen erschwerten diesen Aufbau erheblich. Letztendlich prägten sie sowohl die Gestalt des Staates, der während der ersten Einheitsfront zwischen KMT und KPCh auf dem Reißbrett entworfen wurde, als auch die Art und Weise, wie er errichtet werden sollte. Hiermit wiederum mussten die anstehenden wirtschaftspolitischen Richtungsentscheidungen in Einklang gebracht werden.

Alter Staat und neuer Staat

Mit dem Ende des Kaiserreichs änderten sich nicht nur Staatsform und Herrschaftslegitimation, sondern auch der Kanon an Aufgaben, den die chinesischen Eliten ihrem Staat zuordneten. Der traditionelle "Staat" hatte sich weitgehend auf die symbolische Ausübung der Herrschaft beschränkt und wirtschaftliche wie soziale Fragen der gesellschaftlichen Selbstorganisation überlassen. Huang Renyu bemerkt zurecht, dass

"[...] what seemed to be the omnipotent power of China's imperial rule had actually been more phenomenal than real [...]. As a whole, the polity was noted for its passivity and quietism."⁵⁹

Diese Passivität zu überwinden, war ein Anliegen reformorientierter Eliten. Als Vorbilder dienten ihnen die europäischen Nationalstaaten, die gerade in dieser Zeit immer "aktiver" wurden. Nach Sun Yatsen umfassten die Verantwortlichkeiten des neuen Staates neben der traditionellen Herrschaftsausübung (*Guan*) die Erziehung (*Jiao*), die Verteidigung (*Wei*) und das materielle Wohlergehen des Volkes (*Yang*).⁶⁰ Die wichtigste Aufgabe des neuen Staates stand jedoch im Horizont des allgegenwärtigen Nationalismus. Sie sollte in nicht weniger bestehen als einer Transformation – in den Worten Fitzgeralds einer "Erweckung" – der chinesischen Nation. Maßgeblich hierfür war das berühmte Diktum Sun Yatsens, wonach die Chinesen einer "Fläche losen Sandes" glichen, bar jeden Bewusstseins für ihre nationalen Interessen. Ihnen diese vor Augen zu führen und sie im Dienste derselben zu mobilisieren, sei Aufgabe der staatlichen Eliten.⁶¹

Ein weiteres Charakteristikum des neuen Staates war eines, das in China eine lange Tradition hatte und in engem Zusammenhang mit der Einigung der Nation stand: das Modell des unitarischen Zentralstaates. Nach einer kurzen Periode föderalistischer Gegenentwürfe war bereits Anfang der 1920er-Jahre ein Punkt erreicht worden, an dem

"[...] no movement proclaiming nationalist ideals could look to a decentralized model of political organization and still claim to be modern without fear of self-contradiction".⁶²

⁵⁹ Huang 1996, S. 167.

⁶⁰ Vgl. Hsü 1994, S. 309.

⁶¹ Vgl. Fitzgerald 1996, S. 347f.

⁶² Fitzgerald 1996, S. 64.

In den Augen der Parteien der ersten Einheitsfront, die den chinesischen Staat bis in die Gegenwart prägen, liefen die Aufgaben des neuen Staates und das Ideal des Zentralstaates fast zwangsläufig auf das Modell eines Ein-Parteien-Staates unter Führung einer politischen Avantgarde hinaus. Die KMT verstand den damit verbundenen Abschied von den Idealen der liberalen Demokratie als temporär; die KPCh erachtete ihn als endgültig. Implizit etablierte diese Konzeption *a priori* ein hierarchisch-paternalistisches Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Der Staat (besser: die Partei) führte und transformierte eine unmündige Gesellschaft.

Staat, Nation und ihre Gegner

Die konzeptionelle Verflechtung von Staat und Nation⁶³ bewirkte auch, dass die Gegner des Staates gemäß nationalistischer Kriterien bestimmt wurden. Da der Zentralstaat als einzig legitimer Garant der nationalen Interessen galt, konnten seine Gegner umgekehrt auch mit dem Stigma des Antinationalismus belegt werden. Zuvordererst galt dies natürlich den ausländischen Mächten. Ihre Präsenz zu verringern, d.h. das Ziel der Wiederherstellung nationaler Souveränität, bildete die Grundlage der ersten Einheitsfront. Ein zweites Ziel der nationalen Revolution der 1920er-Jahre bestand in der Wiederherstellung der inneren Einheit. Als Gegner wurden hier die regionalen Machthaber identifiziert. Mit dem alten, nun jedoch umgedeuteten, Begriff des "Feudalismus" (*Fengjian*) im Gepäck konnte diese Kategorie nun jedoch ohne weiteres auf jedweden Lokalismus ausgedehnt werden. Frühere Differenzierungen zwischen Kriegsherren, reformorientierten Provinzmachthabern und verschiedenen Strata der *Gentry* entfielen. Wer lokale Interessen vertrat, stand im Verdacht des Antinationalismus.⁶⁴

Handelte es sich hierbei vorwiegend um traditionelle Akteure, so geriet bis Mitte der 1920er-Jahre auch eine neue Akteursgruppe in den Kreis der potentiellen Gegner von Staat und Nation: die chinesische Bourgeoisie. Einerseits handelte es sich bei der Bourgeoisie natürlich um eine moderne Kraft, die überdies noch einen langjährigen Beitrag zur Finanzierung der KMT geleistet hatte. Dass sie andererseits aus einem nationalistischen Blickwinkel für suspekt erachtet wurde, hängt mit ihrer Entstehungsgeschichte zusammen. Zuerst lagen ihre Wurzeln in den Vertragshäfen. Die Mehrzahl der einheimischen Industrieunternehmen hatte sich in einer engen Symbiose mit ausländischen Firmen entwickelt, was später mit dem Schlagwort des "Kompradorenkapitalismus" pointiert gefasst und kritisiert werden konnte. Des Weiteren zeigte sich die Bourgeoisie der nationalistischen Sache weit weniger verpflichtet, als Sun Yatsen gehofft hatten. Nachdem bereits die Revolution von 1911 keine bürgerliche Revolution gewesen war, verhielten sich die Unternehmerverbände auch in der Folge wirtschaftlich pragmatisch. Das heißt, sie kooperierten wiederholt mit Kräften, gegen die sich Einheitsfrontparteien wendeten. Hierzu zählten nicht nur Ausländer, sondern auch die *Gentry*, Yuan Shikai während seiner Restaurationsversuche und zahlreiche regionale Machthaber.⁶⁵ Infolge dessen stan-

⁶³ Für eine ausgezeichnete Abhandlung zu diesem Thema vgl. Fitzgerald 1994.

⁶⁴ Vgl. Fitzgerald 1996, S. 154-159.

⁶⁵ Vgl. Bergère 1983.

den das private Unternehmertum und seine Verbände in der öffentlichen Meinung stets im Verdacht, aus der nationalen Schwäche Profit zu schlagen. Ihren endgültigen Tiefpunkt erreichte die Einschätzung der Bourgeoisie mit dem Shanghaier Aufstand vom 30. Mai 1925, in dessen Verlauf die lokalen Unternehmerverbände um der Stabilität willen auf Deeskalation und Kooperation mit dem Ausland setzten. War die nationale Revolution zuvor noch von allen Beteiligten als eine "'all class' affair"⁶⁶ konzipiert worden, so zeigten sich die staatstragenden Eliten in der Folge des Aufstandes nicht länger willens, die Bourgeoisie als eine progressive, nationalistische Kraft darzustellen. Beide Parteien propagierten fortan den Klassenkampf, die KPCh im Sinne ihres Ziels einer sozialen Revolution, die KMT einen "class war in the name of the nation."⁶⁷ Als die KMT sich 1927 anschickte, den neuen Zentralstaat von Nanjing aus zu errichten, waren ihre Beziehungen zum privaten Unternehmertum bereits hochgradig antagonisiert.⁶⁸

State-Building und Wirtschaftspolitik

Der unter diesen Vorzeichen zu vollziehende Aufbau des neuen chinesischen Staates war außergewöhnlich schwierig. Nicht nur, dass dieser eine enorme Agenda schultern und der Aufbau der entsprechenden Verwaltung quasi von Grund auf geleistet werden musste; hinzu kam, dass die erklärten Gegner des neuen Staates im selben Maße an Einfluss hinzu gewonnen hatten, wie die alte Zentralgewalt zerbrochen war. Angefangen mit der Niederschlagung der Taiping-Rebellion durch lokal konskribierte Armeen, über die *Xinzheng*-Reformen der späten Qing-Zeit bis hin zur Periode der Kriegsherren war der Niedergang des Kaiserreiches von einer sukzessiven Erstarkung lokaler und regionaler Kräfte begleitet gewesen. Etwa zeitgleich hatte sich die chinesische Bourgeoisie herausgebildet. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, als sich die Kräfte des Nordfeldzuges in Kanton formierten, erlebte sie ihr von Marie-Claire Bergère beschriebenes "goldenes Zeitalter."⁶⁹ Diese Situation eines real schwachen, aber außerordentlich ambitionierten Zentralstaates und relativ stärkerer, aber unter den politischen Eliten und in der öffentlichen Meinung stigmatisierten lokalen Machthabern und privatwirtschaftlichen Interessengruppen, prägte den Beginn der nationalchinesischen Herrschaft. Das *State-Building*-Modell, dessen sich die KMT-Führung in der gegebenen Situation und im Horizont ihrer Ideale bediente, beruhte im Kern auf einer Unterwerfung anderer Akteure, regionaler wie gesellschaftlicher. Auch wenn diese in der Praxis nicht selten in die Führung kooptiert wurden, blieben die Bündnisse fragil und ihrem Wesen nach antagonistisch.

Die zur selben Zeit getroffenen wirtschaftspolitischen Richtungsentscheidungen waren mit dem Prozess des *State-Building* in doppelter Weise verknüpft. Einerseits erforderte die Umsetzung jedweder Wirtschaftspolitik ein gewisses Maß an staatlicher Kontrolle und bürokratischen Kapazitäten, und zwar ein umso höheres, je kom-

⁶⁶ Vgl. Fitzgerald 1994, S. 94.

⁶⁷ Vgl. Fitzgerald 1996, S. 320.

⁶⁸ Für die weitere Entwicklung dieser Beziehungen während der Nanjinger Dekade siehe Coble 1980.

⁶⁹ Vgl. Bergère 1983.

plexer die selbst gesteckten Aufgaben waren. Aus diesem Blickwinkel erscheint die Wahl einer Industrialisierungsstrategie, die nicht nur extrem kostspielig und technologieintensiv war, sondern zudem die Kernbereiche des industriellen Aufbaus allein an die schwache Zentralregierung delegierte, geradezu grotesk. Andererseits jedoch beeinflusste die Wahl der Strategie auch die Erfolgsaussichten des *State-Building*-Prozesses. Aus der Perspektive einer primär auf politische Kontrolle bedachten Staatsführung ist dies unmittelbar evident. Sie bevorzugte ein Wirtschaftssystem und eine Industrialisierungsstrategie, die den Zentralstaat stärkten und seine vermeintlichen Gegner wenigstens nicht stärker machten, als sie es ohnehin schon waren. Eine reine Marktwirtschaft schied auch deswegen von vorne herein als Alternative aus. Nicht nur waren ihr keine Mechanismen inhärent, die den Aufbau des gewünschten Staates beförderten. Darüber hinaus schien die Idee eines freien Spiels der Kräfte genau jene Akteure zu begünstigen, die bereits stark waren. Aus ähnlichen Erwägungen kamen eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft oder lokalen Gebietskörperschaften nicht in Betracht. Die Planwirtschaft, auf der anderen Seite, stärkte den Staat. Durch die mit ihr verbundenen ökonomischen Handlungs- und Verfügungsrechte erhielten seine Vertreter die notwendige Macht, um auch politische Kontrolle ausüben zu können. Nicht von ungefähr war Chiang Kaishek derjenige, der im Rahmen der Konferenz, auf der die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit verhandelt wurde, als einziger dafür eintrat, langfristig eine Planwirtschaft nach dem sowjetischen Modell einzurichten.⁷⁰

Unter den ebenfalls anwesenden Ökonomen, Mitgliedern der Wirtschaftsbürokratie und Industriellen fand Chiang mit dieser Position keine Mehrheit. Trotz aller Bewunderung für die Sowjetunion herrschte hier die Skepsis gegenüber der Praktikabilität einer zentralistischen Lenkung vor. Nach Ansicht eines Kommentators bräuchte es hierfür eine Behörde mit "übermenschlichen Fähigkeiten", über die zumindest die Republik China so bald nicht verfügen würde.⁷¹ In einem Punkt aber gingen alle Experten mit der politischen Führung konform: Die Wirtschaftspolitik durfte die Autorität des Zentralstaates keinesfalls konterkarieren. Ansonsten, so die einhellige Meinung, entzöge sie sich ihre eigenen Grundlagen. In der Debatte manifestierte sich dieser Punkt besonders in der Beurteilung der Privatindustrie. Rein wirtschaftlich betrachtet, galt diese unter Ökonomen durchaus als positive Kraft. Kaum jemand glaubte ernsthaft, in Staatsbetrieben ein ähnliches Maß an Effizienz etablieren zu können, wie es ein gut geführtes, modernes Privatunternehmen zu erreichen imstande war.⁷² "Kapitalisten" jedoch die Kommandohöhen der Ökonomie zu überlassen, hieß nach damaligem Verständnis eine Kraft zu stärken, die ihre Macht gegen den Aufbau des Staates und damit gegen die langfristigen Aussichten einer wirtschaftspolitischen Gestaltung richten würde. Wenn in der Diskussion oftmals davon die Rede war, dass die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen Einzelner unter allen Umständen verhindert werden müsse, so geschah dies weniger aus wettbewerbs- oder verteilungspolitischen Erwägungen (beides Aspekte, die im gegebenen Stadium der Industrialisierung wenig virulent waren), sondern

⁷⁰ Vgl. Chiang Kaishek 1943.

⁷¹ Vgl. Chen Zhenhan 1943, S. 39f., Zitat S. 40.

⁷² Vgl. Wu Daye 1943, S. 126.

vielmehr, weil damit potentiell eine Schwächung des Staates einher gehen konnte.⁷³ Ähnlich verhielt es sich mit Industrialisierungsprogrammen unter der Federführung von Provinzregierungen. Hatte Chen Gongbo hierin bereits Anfang der 1930er-Jahre den Ausdruck eines die Einheit untergrabenden Feudalismus gesehen,⁷⁴ so argumentierte Cao Liying zehn Jahre später in dieselbe Richtung. Unbeschadet aller ökonomischen und militärisch-strategischen Gründe, die dafür sprächen, sei die mit industriell autarken Provinzen verbundene Gefährdung der politischen Einheit und zentralstaatlichen Kontrolle letztlich gewichtiger.⁷⁵

Die vorgeschlagene Wirtschaftsordnung und die leitende, gleichzeitig aber begrenzte Rolle des Zentralstaates im Rahmen der Industrialisierung trugen sowohl dem Effizienzargument als auch der Notwendigkeit des staatlichen Aufbaus Rechnung. Staatsunternehmen in den Schlüsselsektoren garantierten einen Zugriff auf einen wichtigen Teil der Ressourcenallokation. Im Idealfall einer Beteiligung von Provinzen und Kreisen an den Einnahmen, nicht aber an der Geschäftsführung – ein Modell, das die NRK verfolgte – banden sie zudem die Regionen an den Zentrale. Umgekehrt garantierten Privatbetriebe eine effiziente Verwendung knapper Ressourcen. Vorbehalte gegenüber ihrer expliziten Förderung und einem Zusammenschluss zu größeren Unternehmen bestanden solange, wie der Staat noch ungenügend etabliert war. Für die Phase danach galten sie zumindest unter Ökonomen und Technokraten als unnötig.

Schlussfolgerung

Zusammengefasst beruhte die in den 1930er und 1940er-Jahren konzipierte nationalchinesische Industrialisierungsstrategie auf drei Arten von Überlegungen. Sie musste erstens wirtschaftliches Wachstum, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit herbeiführen. Zweitens sollte sie Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit unterstützen. Und drittens durfte sie den Aufbau des Staates nicht konterkarieren. In der damaligen historischen Situation stellte die letztlich getroffene Strategiewahl einen tragfähigen Kompromiss dar. Andere – nach rein ökonomischen Kriterien möglicherweise plausiblere – Modelle leisteten diesen Brückenschlag nicht. Die Anfang des Jahrhunderts in Japan etablierte Kooperationsform zwischen Staat und privatem Großkapital wäre z.B. weder mit dem Selbstverständnis des Staates noch mit dem Bild der Bourgeoisie in der Öffentlichkeit vereinbar gewesen.

Während ihrer Herrschaft auf dem chinesischen Festland verfehlte die KMT zumindest die im engeren Sinne wirtschaftlichen Ziele deutlich. Aus dem Blickwinkel der Verantwortlichen lag dies jedoch weniger an der Strategie selbst als an dem Umstand, dass mit ihrer Umsetzung vor dem Hintergrund von Krieg und Bürgerkrieg bis 1949 noch gar nicht wirklich hatte begonnen werden können. Hierin lag zweifelsohne ein Grund dafür, weshalb die Flucht nach Taiwan entgegen der landläufigen Meinung keinen einschneidenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel nach sich zog. Ein anderer dürfte in der Tatsache zu suchen sein, dass die Probleme einer

⁷³ Vgl. z.B. Weng Wenhao 1946, S. 150.

⁷⁴ Vgl. Zanasi 2000, S. 132f.

⁷⁵ Vgl. Cao Liying 1942, S. 23. Für eine ähnliche Sichtweise siehe Qi Zhilu 1944, S. 47.

äußeren Bedrohung und der Notwendigkeit zur Konsolidierung des Staates in veränderter Form virulent blieben. Für den Erfolg der taiwanesischen Wirtschaftspolitik dürften demgegenüber die ungleich besseren strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen verantwortlich gezeichnet haben, namentlich die durch die "Fremdherrschaft" von vorne herein gegebene Distanz zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten und die Verfügbarkeit effektiver wirtschaftspolitischer Instrumente.

Aus der heutigen Perspektive, mit siebzig weiteren Jahren empirischer Erfahrungen und im Kontext einer stärker denn je integrierten Weltwirtschaft, erscheinen die rein wirtschaftlichen Beweggründe der beschriebenen Strategiewahl nicht mehr überzeugend. Ein Aspekt, der die Verantwortlichen im China der 1930er-Jahre beschäftigte, rückt im Zeitalter der Liberalisierung jedoch erneut in den Blickpunkt. Es handelt sich um das Verhältnis von Marktwirtschaft und staatlicher Kapazität. Die Auseinandersetzungen über das richtige Verhältnis von Markt und Staat sind eigentlich nicht geeignet, die damaligen chinesischen Verhältnisse adäquat zu erfassen. Grund ist die Tatsache, dass alle in diesem Zusammenhang vertretenen Positionen die Existenz eines funktionsfähigen Marktmechanismus und eines handlungsfähigen Staates bereits voraussetzen. Im China der 1930er-Jahre war dagegen weder der Marktmechanismus etabliert, noch gab es einen Staat, der ihn hätte etablieren können. Gleichzeitig schienen die Verhältnisse durchgreifende Reformen zu erzwingen. Die Wirtschaftspolitik, der hierbei eine Schlüsselrolle beigemessen wurde, bewegte sich in einem institutionellen Kontext, aus dem nach gängigen theoretischen Kriterien eigentlich keine Wirtschaftspolitik gemacht werden konnte. Trotzdem kamen diejenigen, die sie konzipierten und verantworteten, mit Stiglitz' Worten, nicht umhin

"[...] to take the patient as he [was], not as he might have been had history taken a different course"⁷⁶

Zu ihren Aufgaben zählte es auch, eine Strategie zu konzipieren, welche einen handlungsfähigen Staat nicht voraussetzte, sondern dessen Aufbau mit bedachte.

Dass dieses Problem in den letzten Jahren erneut ins Blickfeld rückte, ist kein Zufall, obwohl – oder vielleicht gerade weil – nunmehr die Etablierung marktwirtschaftlicher Strukturen in den neu in die Weltmärkte integrierten Volkswirtschaften auf der Tagesordnung steht. So hat beispielsweise der Verlauf der russischen Wirtschaftsreformen verdeutlicht, dass marktwirtschaftliche Reformen den Staat u.U. soweit schwächen können, dass er selbst grundlegende Funktionen nicht mehr wahrzunehmen in der Lage ist, geschweige denn, die Marktwirtschaft vollständig durchzusetzen. Die Argumente vermeintlich "konservativer" Kritiker der Reform- und Öffnungspolitik in China, die sich einer forcierten Restrukturierung und Privatisierung aller Staatsunternehmen auch deshalb entgegen stellen, weil

"[...] SOEs are the state's economic pillar, [and] their decline will undermine the state's central authority and material base"⁷⁷

⁷⁶ Stiglitz 1999, S. 19

⁷⁷ Feng 1999, S. 450.

verdienen in diesem Zusammenhang zumindest Beachtung. Weng Wenhao, hätte er die Kulturrevolution überlebt, würde heute wohl vor einem zu raschen Rückzug des Staates aus diesen Bereichen der Volkswirtschaft warnen – vielleicht, weil er die Staatsbetriebe für reformierbar hielte, bestimmt aber, weil er sich erinnerte, wie schwierig der Aufbau eines modernen Staates in China gewesen war, und was es hieß, aus einem schwachen Staat heraus für notwendig erachtete Reformmaßnahmen durchzusetzen und durchzuhalten.

Literatur

A. Primärmaterialien

- Cao Liying: 1942: "Lun zhanhou jingji jianshe zhengce [Über die Politik des wirtschaftlichen Aufbaus nach dem Krieg]", in: *Jingji jianshe jikan* 1 (1), S. 20-38.
- Ders. 1945: "Zhongguo gongye jianshe zhi tuijin [Der Weg des Aufbaus der chinesischen Industrie]", in: *Ziyuan weiyuanhui jikan* 5 (4), Dezember, S. 1-17.
- Chen Bozhuang: 1943: "Jianli xin gongkuang zhengce de liang ge xianjue wenti [Zwei Voraussetzungen für eine neue Industrie- und Bergbaupolitik]", in: *Jingji jianshe jikan* 1 (4), S. 20-25.
- Chen Zhenhan: 1943: "Fangren zhengce ganshe zhengce haishi jihua jingji [Laissez-faire, Interventionismus oder Planwirtschaft]", Urspr. in: *Dangdai pinglun* 3 (15/16). Nachgedruckt in Fang Xianting 1945, S. 36-40.
- Chiang Kaishek: 1943: "Jiang weiyuanzhang chuxi gongye jianshe jihua huiyi kaimu dianli zhici [Eröffnungsrede des Vorsitzenden Chiang Kaishek auf der Planungskonferenz für den industriellen Aufbau]", 20.4.1943. Reproduziert in: Qin 1981, *Disibian: Zhanshi jianshe, disance*, S. 116-118.
- Fang Xianting (alt.: H.D. Fong): 1936: "Toward Economic Control in China.", in: *Nankai Social and Economic Quarterly* 9 (1/2), S. 296-398.
- Ders. (Hrsg.) 1945: *Zhongguo zhanhou jingji wenti yanjiu* [Studien zu Fragen der chinesischen Nachkriegsökonomie]. Chongqing, Commercial Press.
- Huo Baoshu 1942: "Jingji jianshe zhuoyi [Meine bescheidene Ansicht zum wirtschaftlichen Aufbau]", in: *Jingji jianshe jikan* 1 (1), S. 11-13.
- Luo Dunwei 1935: *Zhongguo tongzhi jingji lun* [Über eine kontrollierte Ökonomie für China]. Shanghai, Commercial Press.
- Ma Yinchu 1935: *Zhongguo jingji de gaizao* [Die Reform der chinesischen Wirtschaft]. Shanghai, Commercial Press.
- Ders. 1947: "Zhongguo jingji zhi lu [Der Weg der chinesischen Wirtschaft]", in: *Ma Yinchu jingji lunwen xuanji* [Ausgewählte wirtschaftliche Artikel von Ma Yinchu]. Beijing, 1981, Beijing Daxue Chubanshe, Bd. 1, S. 341-347.
- Qi Zhilu 1944: "Zonglun zhanhou gongye fuyuan wenti [Allgemeine Erörterung über das Problem des industriellen Wiederaufbaus nach dem Krieg]", in: *Jingji jianshe jikan* 3 (1), S. 43-57.
- Qian Changzhao 1939: "Liangnian ban chuangan zhong gongye zhi jingguo ji ganxiang [Vorgehen und Empfindungen bei der Errichtung und Betreibung von Schwerindustrien in den vergangenen zweieinhalb Jahren]", Urspr. in: *Xin Jingji* 2 (1). Nachgedruckt in Qin 1981, *Disibian: Zhanshi jianshe, disance*, S. 653-660.
- Ders. 1942: "Zhong gongye jianshe de xianzai ji jianglai [Gegenwart und Zukunft des Aufbaus der Schwerindustrie]", Urspr. in: *Xin Jingji* 7(6). Nachgedruckt als einzelner Aufsatz, ohne Erscheinungsort und -jahr.
- Qin, Xiaoyi (Hrsg.) 1981: *Zhonghua minguo zhongyao shiliao chubian – Dui Ri kangzhan shiqi* [Important Historical Documents of the Republic of China, First Compilation – The Period of the Anti-Japanese War]. Taibei, Historical Commission, Central Committee of the Kuomintang.
- Song Zexing 1942: "Jingji jianshe de yuanjing yu jinlu [Langfristige Perspektiven und kurzfristige Wege für den wirtschaftlichen Aufbau]", Urspr. in: *Xin Jingji* 7 (10). Nachgedruckt in Fang Xianting 1945, S. 27-35.
- Sun Yat-sen 1924: *The Three Principle's of the People*, translated by Frank W. Price. Nachdruck Taibei 1965, Government Information Office.
- Sun Yueqi 1980: "Guomindang ziyuan weiyuanhui liuzai dalu de jingguo [Der Verlauf der Ereignisse, wie die Nationale Ressourcenkommission der KMT auf dem Festland blieb]", in: *Wenshi ziliao* 69, S. 160-193.

- Weng Wenhao 1942a: "Zhongguo jingji jianshe zhi lunkuo [Umriss des wirtschaftlichen Aufbaus in China]", Rede in der zentralen Politikakademie. Urspr. abgedruckt in *Jinrong zhishi*, September 1942. Nachgedruckt in: Ders. 1943a, S. 23-40.
- Ders. 1942b: "Zhongguo jingji jianshe de qianzhan [Ausblick auf den wirtschaftlichen Aufbau Chinas]", Urspr. in: *Jingji jianshe jikan* 1 (1). Nachgedruckt in: Ders. 1943a, S. 7-22.
- Ders. 1943a: *Zhongguo jingji jianshe luncong* [Texte zum wirtschaftlichen Aufbau Chinas]. Chongqing, Sekretariat der Nationalen Ressourcenkommission.
- Ders. 1943b: "Zhongguo jingji jianshe gailun [Abriss über den wirtschaftlichen Aufbau in China]", Rede bei der zentralen Ausbildungsgruppe. Nachgedruckt in: Ders. 1944a, S. 1-31.
- Ders. 1943c: "Zhanhou gongye zhengce de jianyi [Vorschläge für die Industriepolitik nach dem Krieg]", Urspr. in: *Xin jingji* 9 (7). Nachgedruckt in: Ders. 1944a, S. 87-99.
- Ders. (Hrsg.) 1944a: *Jingji zhengce cankao ziliao* [Referenzmaterialien zur Wirtschaftspolitik]. Chongqing.
- Ders. 1944b: "Zhanhou waizi fazhan shiye daiyu banfa zhi niyi [Empfehlungen für die Bestimmungen zur Behandlung der Entwicklung von Industriebetrieben mit ausländischem Kapital nach dem Krieg]", in: Ders. 1944a, S. 101-106.
- Ders. 1946: "Guanyu guoying shiye de yi yi [Über die Bedeutung von Staatsunternehmen]", Rede anlässlich des 14. Jahrestages der Gründung der Nationalen Ressourcenkommission. Nachgedruckt in: Ders. 1989, S. 148-153.
- Ders. 1989: "Weng Wenhao lun jingji jianshe [Weng Wenhao über den wirtschaftlichen Aufbau]", Beijing, Tuanjie Chubanshe.
- Wu Daye 1943: "Zhanhou jianshe de jingji [Die nach dem Krieg zu errichtende Wirtschaft]", in: *Jingji jianshe jikan* 2 (2), S. 114-130.
- Wu Jingchao 1938: *Zhongguo gongyehua de tujing* [Der Weg Chinas zur Industrialisierung]. Changsha, Yiwen yanjiuhui.
- Ders. 1942: "Zhongguo jingji jianshe zhi lu [Der Weg des wirtschaftlichen Aufbaus in China]". in: *Jingji jianshe jikan* 1 (1), S. 14-20.
- Wirtschaftsministerium (Hrsg.) 1951: *Jingji wenti ziliao huibian* [Kompilation von Materialien zu wirtschaftlichen Fragen]. Taipei, Wirtschaftsministerium.

B. Sekundärmaterialien

- Amsden, Alice H. 1979: "Taiwan's Economic History: A Case of Etatism and a Challenge to Dependency Theory" in: *Modern China* 5 (3), S. 341-380.
- Ders. 1985: "The State and Taiwan's Economic Development", in: Peter Evans, et.al. (Hrsg.): *Bringing the State back In*. New York, Cambridge University Press, S. 78-105.
- Ders. 1989: *Asia's Next Giant. South Korea and Late Industrialization*. New York, Oxford University Press.
- Bergère, Marie-Claire 1983: "The Chinese Bourgeoisie, 1911-1937", in: Fairbank, John K. (Hrsg.): *The Cambridge History of China*, Vol. 12, Republican China 1912-1949, Part I. Cambridge, Cambridge University Press, S. 721-825.
- Brook, Timothy und Andre Schmid (Hrsg.) 2000: *Nation Work: Asian Elites and National Identities*. Lansing, University of Michigan Press.
- Cheng, Tun-jen 1991: "Political Regimes and Development Strategies: South Korea and Taiwan" in: Gereffi, Gary und Donald L. Wyman (Hrsg.): *Manufacturing Miracles. Paths of Industrialization in Latin America and East Asia*. Princeton, Princeton University Press, S. 139-178.
- Chu Yun-peng und Thomas Tunghao LEE 1998: *From Bubbles to New Rounds of Asian Monetary Cooperation*. Präsentiert auf einer Konferenz des *National Policy Research Center*, Taipei. Dezember 1998.
- Coble, Parks M. 1980: *The Shanghai Capitalists and the Nationalist Government, 1927-1937*. Cambridge, Harvard University Press.
- Desbuissons, Francois 1998: "Riding out the Asian Storm: Strengths and Weaknesses of Taiwan's Economy", in: *China Perspectives* 16, S. 29-33.
- Deyo, Frederic C. (Hrsg.) 1987: *The Political Economy of New Asian Industrialism*. Ithaca & London, Cornell University Press.
- The Economist 1998: "In Praise of Paranoia. A Survey of Taiwan", in: *The Economist*, 7. November, separate Paginierung, S. 1-18.
- Feng, Chen 1999: "An Unfinished Battle in China: The Leftist Criticism of the Reform and the Third Thought Emancipation", in: *The China Quarterly* 1999, S. 447-467.
- Fitzgerald, John 1994: "The Nationless State: The Search for a Nation in Modern Chinese Nationalism", in: *The Australian Journal of Chinese Affairs*, S. 73-104.

- Ders. 1996: *Awakening China. Politics, Culture, and Class in the Nationalist Revolution*. Stanford, Stanford University Press.
- Gillin, Donald G. 1967: *Warlord. Yen Hsi-shan in Shansi Province, 1911-1949*. Princeton, Princeton University Press.
- Gold, Thomas 1986: *State and Society in the Taiwan Miracle*. Armonk, M.E. Sharpe.
- Haubold, Erhard 1998: "Hinter konfuzianischer Fassade", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. Januar (Beilage).
- Hermann-Pillath, Carsten 1993: "Kulturell geprägte Wirtschaftsdynamik und politischer Wandel in China", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 17. Dezember, S. 3-13.
- Hsü Chen-kuo 1990: "Dalu shidai he lai Tai chuqi de Yin Zhongrong [Yin Zhongrong während seiner Zeit auf dem Festland und in der ersten Phase auf Taiwan]", in: *Lishi yuekan* 24, Januar, S. 49-54.
- Ders. 1994: "Ideological Reflections and the Inception of Economic Development in Taiwan", in: Aberbach, Joel D., et al. (Hrsg.): *The Role of the State in Taiwan's Development*. Armonk, M.E. Sharpe, S. 307-319.
- Huang, Ray 1996: "Chiang Kai-shek and his Diary as a Historical Source. Proposals for the Revision of Modern Chinese History", in: *Chinese Studies in History*. Fall/Winter.
- Johnson, Chalmers 1982: *MTI and the Japanese Miracle. The Growth of Industrial Policy, 1925-1975*. Stanford, Stanford University Press.
- Kirby, William C. 1990: "Continuity and Change in Modern China: Economic Planning on the Mainland and on Taiwan, 1943-1958", in: *The Australian Journal of Chinese Affairs* 24, S. 121-141.
- Ders. 1995: "China Unincorporated: Company Law and Business Enterprise in Twentieth Century China" in: *The Journal of Asian Studies* 54 (1), S. 43-63.
- Liu Arong 1996: "Zhanhou Taiwan zhengshang guanxi yanbian zhi yanjiu [Eine Studie zur Evolution der Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft in Taiwan nach dem Zweiten Weltkrieg]", 2 Teile. In: *Jindai Zhongguo* 111, S. 62-82 und 112, S. 151-172.
- MA Kai 1991: "Taiwan gongye zhengce de yanbian [Die Evolution der taiwanesischen Industriepolitik]", in: Ders. (Hrsg.): *Taiwan jingji yanjiu luncong – diyiji: Jingji fazhan yu zhengce* [Essays on the Economy of Taiwan — Volume 1: Economic Development and Policy]. Taipei, Chung-hua Institution for Economic Research, S. 115-149.
- Osterhammel, Jürgen 1997: *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*. München, C.H. Beck.
- Ranis, Gustav 1989: "The Role of Institutions in Transition Growth: The East Asian Newly Industrializing Countries", in: *World Development* 17 (9), S. 1443-1453.
- Rawski, Thomas 1989: *Economic Growth in Prewar China*. Berkeley, University of California Press.
- Redding, S. Gordon 1993: *The Spirit of Chinese Capitalism*. Berlin & New York, de Gruyter.
- Stiglitz, Joseph E. 1999: *Whither Reform? Ten Years of Transition*. Keynote Address at the World Bank's Annual Conference on Development Economics. Washington D.C.
- Wade, Robert 1990: *Governing the Market. State and Industrialization in East Asia*. Princeton, Princeton University Press.
- World Bank 1993: *The East Asian Miracle: Economic Growth and Public Policy*. New York & London, Oxford University Press.
- World Bank 1998: *East Asia. The Road to Recovery*. Washington, D.C., World Bank.
- Xu Xukun und Han Shufang (Hrsg.) 1988: *Huiyi Guomindang zhengfu ziyuan weiyuanhui* [Erinnerungen an die Nationale Ressourcenkommission der KMT-Regierung]. Beijing, Zhongguo Wenshi.
- Yang Riran 1997: "Jiating zhidu yu qiye de jingying [Familiensysteme und die Betreibung von Unternehmen]", in: Ders.: *Falixue* [Aufsätze zur Rechtslehre]. Taipei, Yuedan Chubanshe, S. 721-728.
- Zanasi, Margherita 2000: "Chen Gongbo and the Construction of a Modern Nation in 1930s China", in: *Brook/Schmid* 2000, S. 125-157.
- Zheng Youkui 1988: "Weng Wenhao dui guoying qiye de guanli banfa [Weng Wenhaos Methode der Verwaltung von Staatsbetrieben]", in: Xu/Han 1988, S. 142-147.
- Zheng Youkui; Cheng Linsun und Zhang Chuanhong 1991: *Jiu Zhongguo de ziyuan weiyuanhui* [Die Nationale Ressourcenkommission des alten China]. Shanghai, Shanghai shehui kexueyuan.